

Ärzte treffen den Nerv ihrer Patienten

Die gemeinsame Widerstandsbewegung gegen die Gesundheitspolitik wächst sich aus

Der gelungene Schulterschluss zwischen Ärzten und Patienten mündet in eine breiter werdende Widerstandsbewegung: Heidenheim entwickelt sich zum ersten gallischen Dorf in Baden-Württemberg, in dem sich die Bürger gegen eine als unsinnig empfundene Gesundheitspolitik zur Wehr setzen.

ERWIN BACHMANN

Und das ganz ohne Zaubertrank, wohl aber mit dem Zauber der Solidarität, der die bislang klar gezogenen Grenzen aufzuheben vermocht hat. Die in Heidenheim breit angelegte und auf landesweite Beachtung gestoßene Aktionswoche hat deutlich gemacht, dass sich Patienten und Ärzte im selben Boot sitzen sehen und gemeinsam gegen eine Politik anrücken wollen, die das Gesundheitssystem zu stranden drohen lässt.

Um die 300 Menschen harreten am Samstagvormittag vor dem Rathausplatz tapfer unter Schirmen aus und machten damit bei der Abschlusskundgebung der einwöchigen Protestaktion deutlich, dass sie nicht bereit sind, das Gesundheitswesen im Regen stehen zu lassen. Als eine Art „Zusammenfassung unserer Empörung“ – so Gert-Michael Gmelin, Allgemeinarzt und Vorsitzender des Medi-Netzes Heidenheim, einer Gemeinschaft von Vertragsärzten und -psychotherapeuten – adressierten mehrere Redner eine an die Volksvertreter gerichtete Botschaft, die vom Wunsch nach einem freien, solidarischen und transparenten Gesundheitssystem bestimmt ist.

Für Dr. Christoph Ströhle war und ist die Diagnose klar. „Die letzte Stufe der Gesundheitsreform ist stümperhaft“, befand der Vorsitzende der Kreisärzteschaft Heidenheim, in dessen Augen die Politiker wie auch die eigenen Standesvertreter versagt haben. „Wir leiden unter diesen Reformen“, so der Allgemeinarzt, der unter anderem beklagte, dass die Hausbesuche – und dies auch in Pflegeheimen – ebenso wie Gesprächsleistungen im Budget verschwinden: „Es ist eine Reform, die sich gegen die Kranken richtet.“ Unterstützung fand Ströhle bei seinem Aalener Kollegen Rainer Michael Graeter, der am Samstag nach Heidenheim gekommen war, um den bis nach



Protestkundgebung gegen die Gesundheitsreform vorm Rathaus: Auch wenn die hochgesteckten Erwartungen der Veranstalter reichlich verwässert wurden – immerhin um die 300 Teilnehmer hielten tapfer durch und ließen die Organisatoren nicht im Regen stehen.

Fotos: Helga Wintergerst

Schwäbisch Gmünd und Schwäbisch Hall reichenden ärztlichen Schulterschluss zu demonstrieren.

Edith Prantl vom neugegründeten Bürger-Patienten-Treff Heidenheim, einer Keimzelle des örtlichen Widerstands, erklärte sich mit den protestierenden Ärzten solidarisch und sprach von einer seit Jahren anhaltenden maßlosen Gängelung durch eine dilettantische Gesundheitspolitik. Die Budgetierungen bei der Verordnung von Medikamenten und Heilmitteln oder Fallzahlenbegrenzungen – „damit sind wir Patienten gemeint“ – seien unerträglich. Wenn es in diesem Gesundheitssystem mehr Verwaltungsfachleute als Ärzte gebe, dann würden die Krankenkassenbeiträge falsch verteilt. Und wenn ein Kassenvorstand mehr verdiene als ein niedergelassener Arzt, eine Assistenzärztin weniger Geld bekomme als eine Krankenkassenangestellte, dann sei dies erklärungsbedürftig. Prantls Fazit: „Der Gesundheitsfonds gehört in die Schrottpresse, und das ohne Abwrackprämie.“

Widerstand gegen ein ungesundes Gesundheitssystem nach amerikanischem Vorbild kündigte auch die Psychotherapeutin Heidi Kirschner an, deren Berufsstand auf der untersten Stufe der Hono-

rierung in der ambulanten ärztlichen Versorgung steht. Sie setzt sich für eine leistungsgerechte Bezahlung ihrer Kollegen aller Fachrichtungen und die Abschaffung aller Begrenzungen von für den Patienten notwendigen Leistungen ein. Mit Vehemenz sprach sie sich gegen die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte aus, solange nicht geklärt sei, was genau mit den erhobenen Daten eigentlich geschieht: „Ich halte die e-card für zu teuer, nutzlos und für ein Instrument gesundheitspolitischer Kontrolle.“

Aus Sicht von Dr. Ulrich Geyer hat die finanzielle Schieflage der



Autorin Renate Hartwig: Kultfigur im Ringen um ein funktionierendes Gesundheitssystem.

Ärzte System. Ziel sei es, die Zahl der freien niedergelassenen Ärzte zu minimieren, sodass der Markt von medizinischen Versorgungszentren übernommen werden könne. Durch die schrittweise Privatisierung bekämen bestimmte profitorientierte Konzerne eine Monopolstellung – „und dann wird das Gesundheitssystem teuer“. In sehr persönlichen Worten machte der hausärztliche Internist von der Aktionsgemeinschaft Junge Ärzte deutlich, dass er sich nicht durch ein Gesundheitssystem korrumpieren lassen will, das Profitmaximierung auf die Fahnen geschrieben hat: „Ich will auf lange Sicht meine Freiberuflichkeit sichern, meine hervorragenden Helferinnen bezahlen können und Zeit für meine Patienten haben.“

Mit Renate Hartwig war am Samstag auch die Mutter allen Widerstands zu Gast. Die 57-jährige Publizistin und Reformgegnerin gründete die bundesweit agierende Bürgerinitiative „patient-informiert-sich“, schrieb den Bestseller „Der verkaufte Patient“ und lehrt mit ihren Aktionen so manchen Politiker und Verbandsfunktionär mittlerweile das Fürchten. Die für Therapiefreiheit freie Arztwahl kämpfende Initiatorin der Bürger-Stamm-Tische, die sie nach dem Prinzip der

gallischen Dörfer gegründet hat und von denen es mittlerweile 425 in ganz Deutschland gibt, rief bei ihrem erneuten Heidenheimer Gastspiel zum breiten Widerstand gegen eine Politik auf, die den Systemwechsel – weg vom Solidarprinzip, hin zur Einheitsmedizin in Versorgungszentren – wolle. Sie erinnerte daran, „dass wir als Beitragszahler über unser Geld reden, aber längst nicht mehr mitmischen“ und ließ in ihrer mit viel Beifall bedachten Einlassung kaum einen aus in ihrer Kritik. KV, also die Kassenärztliche Vereinigung, heißt für sie „Mafia, sonst gar nichts“, und was Gesundheitsministerin Ulla Schmidt angeht, so hofft sie im Blick auf September, dass sie diesen Namen nicht mehr so oft sagen muss.

„Einmischen ist Bürgerpflicht“, so der auf fruchtbaren Boden fallende Appell der erklärten Rebellin. Mehrere Redner signalisierten am Samstag, dass die Bundestagswahl auch in den Arztpraxen verloren werden kann und man sich gerade in diesem Jahr nicht mehr ducken wird. Frauenärztin Carmen Eppel von den Jungen Ärzten: „Wir werden unsere Stimme immer wieder erheben.“ Über 2000 bei der Protestwoche gesammelte Unterschriften spornen die Akteure zusätzlich an.